

Der Mahnruf

Kampfblatt der Werttätigen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Nr. 20. — Sperrstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 16

Graz, April 1928

2. Jahrgang

Die Kriegsoffer für die Einheit des Verbandes — gegen die Zertrümmerer der Organisation.

Der bei den Kriegsbeschädigten offen zum Ausbruch gekommene Kampf der proletarischen Masse gegen die kleinbürgerlichen Elemente ist ein Ereignis von tiefster Bedeutung. Es ist ein Frühlingsturm, bei dem wir das Rorische in der proletarischen Bewegung knaden hören. Doch keine Lähmung. Viele und gewaltige Stürme werden notwendig sein, um den letzten morschen Stamm zu Fall zu bringen. Dann wird der Riese-Prolet ungehemmt und kraftvoll die Art an die kapitalistische Gesellschaftsordnung legen und nicht früher ablassen, bis nicht er, der Schöpfer aller Reichtümer, auch der Besitzer und alleinige Verfügbarer sein wird.

In diesem Sinne betrachten wir die Vorgänge im Landesverband der Kriegsbeschädigten als eine Schwalbe, die zwar noch keinen Sommer macht, doch verfolgen wir mit Aufmerksamkeit ihre Flugrichtung.

Die Kriegsbeschädigten machen alle Miene die kleinbürgerliche Eiterbeule Professor Rüdli, Doktor Mayer, Oberleutnant Langhardt zu entfernen.

Das ist das Recht der proletarischen Masse, welche die Organisation darstellt, da ihre Zahl in die Laufende geht. Eine Vertrauensmänner-Konferenz der Invaliden hat einstimmig gefordert:

Oblt. Langhardt muß aus dem Gemeinderat verschwinden.

Gleichzeitig erklärte die Konferenz in dieser Mandatsperiode auf Ersatz für Oberleutnant Langhardt durch Bürgerchuldirektor Kraus zu verzichten.

Dr. Mayer ist schon ausgeschlossen, wenn auch Rüdli im Landesverband wider das Statut seinen Kumpanen noch stützt.

Professor Rüdli selbst, der zwar die Haut eines Rhinoceros besitzt, wird sobald er von seinem **Osteraufenthalt aus Calvare** am Meer zurückgekehrt ist, die Abrechnung der Invaliden noch kennen lernen.

Zu diesem entschlossenen Vorgehen der Invaliden gegen die kleinbürgerliche Eiterbeule hat das Kleeblatt Rüdli, Langhardt, Mayer selbst das beste beigetragen.

Die Kriegsbeschädigten setzten nämlich große Hoffnungen in die sozialdem. Landesparteileitung, von der sie eine Zurechtweisung der drei Schädlinge erwarteten.

In gemeinsamen Konferenzen wurden den Kriegsbeschädigten Versprechungen gemacht, die nicht nur nicht eingehalten wurden, sondern direkt das Gegenteil von dem zeitigten, was von der Landesleitung bei S. P. versprochen wurde.

So erschienen in der Nummer 4 des „Kriegsbeschädigten“ neuerlich in verfeilter Form die lumpigsten Verleumdungen gegen den Obmann der Grazer Organisation, Gen. Saischel. Drohungen gegen den proletarischen Flügel, persönliche Lobhudelei für den Herrn „Professor“ Rüdli und giftige Ausfälle gegen die Grazer Organisation mit dem offensichtlichen Bestreben, zwischen der Provinz und Graz einen Keil hineinzutreiben, waren der übrige Inhalt.

Die Redaktion des „Kriegsbeschädigten“ ist nämlich ganz unter kleinbürgerlichem Einfluß und die stärkste Ortsgruppe Graz mit 10.000 Mitgliedern hat in der Redaktion gar kein Anteilrecht.

Ferner legte sich die Rüdli-Elite einen Plan zur Zertrümmerung der Grazer Ortsgruppe zurecht.

Die Mitglieder der Grazer Organisation wurden von den Rüdli-Leuten direkt zum Austritt aus der Organisation aufgefordert. Die Invaliden haben die Organisationszertrümmerer zurückgewiesen. **Die Kriegsbeschädigten geben ihre Organisation nicht preis.** Die Ortsgruppen der Umgebung und die des oberen Murtales haben sich mit den Grazer Invaliden solidarisch erklärt. Bald wird der letzte Invalide im entferntesten Neste wissen, daß die Rüdli-Elite die Schädlinge der Organisation sind.

Ein drittes Ereignis, das allen Versprechungen der sozialdem. Parteileitung auf Zurechtweisung Rüdli und Konsorten Hohn spricht, ist die Tatsache, daß die kleinbürgerlichen Organisationszertrümmerer gegen Funktionäre der Kriegsbeschädigten, die kleine Geschäftsleute (Trasfanten, Friseur usw.) sind, zum Boykott hehen.

Sympathieverbündungen innerhalb der sozialdem. Partei und Gewerkschaft für Saischel — gegen Rüdli.

Viele Arbeiter und proletarische Funktionäre der sozialdem. Partei sowie der Gewerkschaften drücken immer unvorhobler ihre Sympathie für Saischel und ihre Antipathie gegen Rüdli aus. Das ist ein gutes Zeichen, weil wir daraus den Schluß ziehen, die Auslehnung gegen das Kleinbürgertum a la Professor Rüdli feste Formen annimmt und weitere Kreise zieht.

Das entschlossene einheitliche Vorgehen aller Kriegsbeschädigten hat bereits einen Erfolg zeitigt.

Fortsetzung auf der 2. Seite.

Betriebsfaschismus.

Die Vorgänge in Obersteiermark zeigen einen Entwicklungsprozeß auf, der deutlicher als viele Worte den Ausbau des Betriebsfaschismus darstellt. Es ist nun ein Betrug an der Arbeiterklasse, ihr einreden zu wollen nur durch die Entschaltungen über die bezahlten Spigeln und deren hinterhältige Arbeit gegen die Arbeiterklasse, nur durch Aufklärungsschriften allein den Faschismus erledigen zu können.

Dieses Kampfrezept entspringt den Köpfen der Reformisten, die das Grundproblem eines erfolgreichen Kampfes gegen den Faschismus nicht aufrollen können, weil sie sonst die Fehler ihrer eigenen Vergangenheit, in der der Faschismus entstanden ist, aufdecken müßten.

Die Geburtsstätte des Faschismus liegt in den Jahren 1918 bis 1920. Die Arbeiter, die Kleinbauern und die kleinbürgerlichen Schichten haben damals von der sozialdemokratischen Führung Ebert, Noske, Scheidemann, Renner, Bauer die Aufrichtung einer besseren Wirtschaftsordnung, und das konnte nur die sozialistische Wirtschaftsordnung sein, erwartet. Die Führer der Sozialdemokratie schreckten vor dieser großen Aufgabe, die in Rußland unter Lenins Führung gelöst wurde, feige zurück und beglückten das Proletariat nur mit einem Schildwache! mit der bürgerlich-demokratischen Republik, in der die Arbeiter auf der Himmelsleiter vierjähriger Wahlen langsam zum Sozialismus hineinschlüpfen werden, während die Wirtschaft den Kapitalisten in den Taschen gelassen wurde.

Und die Kapitalisten setzten die Daumenjochrauben der Ausbeutung in jeder Richtung hin an, machten von ihrem Wohlwollen den Arbeiter abhängig, ob er wieder sein Brot verdienen kann oder arbeitslos umherirren muß, zeigten den Herrn und die schwachen Krochen wieder zu Kreuz und ob dieser Entwicklung zog in immer größere Schichten der Arbeiter, Kleinbauern und kleinbürgerlichen Elemente die Enttäuschung ein, sie wurden irre.

Diese Irregewordenen wurden zum Angelpfah der Reaktion, die mit Hilfe dieser Massen wieder das hohe Ross besteigen will. Der alte Adel, die Kirche, die Klöster, die Unternehmer, alle, die ein Interesse an der Knechtung der Werttätigen haben, weil für sie daraus pures Gold sprießt, machten sich nun an die deklassierten Elemente, an die ehemaligen Offiziere und Kadetten des Krieges, an die Studenten, an die durch die Inflation rabiat gewordenen Kleinbürger und an die Großbauernsöhne als das beste Rekrutierungsfeld für den Faschismus heran und bildeten daraus den Kern. Wir sehen auch in den verschiedenen faschistischen Organisationen — wie der Feuerwehr — besonders Offiziere an der Spitze, ebendieselben Schufte, die im Kriege den einfachen Mann beim Drahterbau verreden ließen, während in den Offiziersmessien die aufgetragen wurde.

Da auch viele Betriebsarbeiter durch die rückläufige Entwicklung enttäuscht wurden, steht der Faschismus auch hier ein Rekrutierungsfeld. Er

Politik der S. P., die den Bürgerlichen die Wirtschaft überließ und den Staatsapparat nicht zertrümmerte, zeitigt ihre Folgen. Dazu noch die Abwägung aller Kampfmaßnahmen durch die Reformisten in den Betrieben, sei es, daß sich das Proletariat zur Abwehr oder zur Verbesserung seiner Lage auftrafte. Im Interesse des Wiederaufbaues des Kapitalismus wurde immer und überall gebremst. Die Hungerlöhne, die abgemürzten Streiks zeitigten immer größeres Mißtrauen gegen die sozialdemokratischen Parteiführer in der Gewerkschaft und gegen die S. P. als Partei und diese Situation wurde von den Faschisten benützt, um in die Betriebe einzudringen.

Um die Arbeiter in die Falle zu locken, wenden die Faschisten anfangs niemals die Mittel der Gewalt und des Terrors an, sondern begnügen sich mit lügenhafter demagogischer Propaganda.

Indem sie mit einer gewissen Geschicklichkeit die Folgen der reformistischen Gewerkschaftspolitik ausnützen, drapieren sie sich noch selbst als Revolutionäre. Nehmen wir ein Beispiel aus dem Mutterland des Faschismus Italien. Am 23. März 1919 erklärte Mussolini anlässlich einer Programmrede in Mailand u. a. folgendes: „Im historischen Sinne stehen wir seit 1915 auf dem Boden der Revolution. Wir müssen den Arbeitern entgegenkommen, die Forderungen der Arbeiterklasse müssen erfüllt werden. Wollen die Arbeiter den Achtstundentag? Wollen sie die sechsstündige Arbeitszeit im Bergbau und für die Nachtarbeiter? Wollen sie Altersversicherung? Wollen sie Produktionskontrolle? Wir werden alle diese und andere Forderungen unterstützen.“ Diesen revolutionären Schein braucht er, um möglichst breite Schichten über seinen konterrevolutionären Inhalt hinwegzutäuschen, denn schon nach der Machtergreifung wurde mit der revolutionären Vergangenheit gebrochen. Statt die Versprechungen zu erfüllen, kam die unmenslichste Unterdrückung der Arbeiterklasse, die jeden Arbeiter zur Lehere dienen muß. Da die Arbeiter durch diese Erfahrungen etwas gewöhnt sind, lassen die österreichischen Faschisten die revolutionäre Romantik mehr beiseite und predigen das Heil und die Rettung durch ein friedliches Zusammenarbeiten mit dem Kapital.

So will die Reaktion, so wollen die Industrielöhne Österreichs mit Hilfe des Faschismus die Diktatur der schrankenlosen Ausbeutung über die Arbeiter aufrichten. Die Arbeiterschaft mit dem Faschismus einzuschüchtern, zu desorganisieren und auseinanderzutreiben und selbst feste Stützpunkte in den Betrieben zu schaffen, das ist ihr nächstes Ziel. Die Vorkläufe in Fohnsdorf, Leoben, Donawitz, Voitsberg, beweisen dies. Während die Reformisten wie eingangs erwähnt, die Lösung der faschistischen

Frage in der Enthaltung über faschistisches Spiegeln stehen, gehen sie der besten Kampfeswaffe — dem politisch-ökonomischen Kampf — aus dem Weg.

Eine Gewerkschaftspolitik, ein energischer Kampf um Erhöhung der Löhne, Bildung von Abwehrformationen gegen Streikbrechergarden, das nimmt den faschistischen Organisationen die Möglichkeit, ihre demagogische Frage an die mutlos und verzweifelnden Massen zu richten: „Was haben eure alten Gewerkschaften und Führer für eure Interessen getan?“ Rücksichtsloser Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse bildet das A und O des Kampfes gegen den Faschismus. Wenn die Reformisten in der Betriebsrätekonferenz Leoben sagten „zurück Aufbau der Organisation, so ist dasselbe, wenn ein Besitzer zu seinem Pferde sagen würde „zuerst mußt du groß und stark werden, dann darfst du fressen“. Noch hat die faschistische Propaganda ihren Höhepunkt nicht erreicht.

In dieser Situation ist es richtig und notwendig, wenn die Arbeiter, in diesen von den Faschisten unmittelbar bedrohten Gebieten Obersteier-

Kriegsbeschädigte

leset auch weiterhin den „Mahnruf“. Richtet Abonnement-Bestellungen an die Verwaltung, Elisabethnergasse 20.

markts, besonders in Fohnsdorf und Donawitz, zum Angriff schreiten. Nachdem wir festgestellt haben, daß gerade die Enttäuschung der Arbeiter wegen der Nichterfüllung ihrer primitivsten Forderung auf Besserstellung des Lebensunterhaltes entstanden ist und von den Faschisten ausgenützt wird, muß hier der Kampf einsetzen. Die Parole Streik allein, würde jedoch kein Rückgrat für einen erfolgreichen Kampf sein. Die Durchsicherung desselben muß deshalb verbunden werden mit der Forderung auf Besserstellung des Lebensunterhaltes, also höheren Lohn und WiederEinstellung aller Entlassenen. Gleichzeitig müssen Selbstschutzformationen gebildet werden, um die bezahlten Streikbrechergarden unschädlich zu machen. Die Reformisten werden diese einzige erfolgversprechende Kampfpolitik nicht einschlagen. Deshalb müssen die Arbeiter auch dazu übergehen, eigene Kampfleitungen für das ganze Industriegebiet zu wählen, wollen sie nicht eine Faschistenordnung nach Mussolini-Forty erleben. Die faschistische Gefahr muß im Keime erstickt werden.

Verbreitet den „Mahnruf“!

diese Bestimmung den Zweck, tausende von Arbeitslosen um die Unterstützung bringen zu können.

2. Ist den Arbeitslosen, die in einer ländlichen Gemeinde wohnen und deshalb nach 30 Wochen keine Unterstützung mehr bekommen, die Möglichkeit gegeben, von der ländlichen Gemeinde in eine Industrie-gemeinde überzusiedeln, so muß ihm die Unterstützung wieder gegeben werden.

3. Welche Gemeinden als ländliche anzusehen sind, ist im A. B. G. festgelegt. Es würde zu viel Raum einnehmen, alle ländlichen Gemeinden in Steiermark aufzuzählen. Im Bedarfsfalle wird darüber die Gewerkschaft um Auskunft zu ersuchen sein.

Ländliche Gemeinden im politischen Bezirke Graz sind:

Attendorf, Dobl, Edelsbach, Edelsgrub, Eisbach, Engelsdorf bei Liebenau, Fernitz, Fölling, Gnoring, Göffendorf, Grambach, Gschnait, Hart bei Eggersdorf, Hart bei St. Peter, Faselbach, Faseltsdorf, Hausmannstätten, Pizenhof, Rainbach, Krumegg, Rumberg, Langeegg, Mellach, Mitterlahnitz, Reitelbach, Pirka, Premstätten bei Laßnitz-

Fortsetzung von der 1. Seite.

Unter dem Druck, der für den 15. April einberufenen Protestversammlung hat Rädli aus Salvo telegraphiert

bis auf weiteres die Abhaltung der Obmänner-Konferenz, die ein Statutenbruch ist, zu verschieben.

Die Kriegsbeschädigten werden aber sicherlich dafür Sorge tragen, daß Tagungen, die wider das Statut sind, auch in Zukunft nicht stattfinden.

Die bürgerlichen Blätter, die im Anfange das Maul weit offen hatten, sind jetzt auffallend still geworden. Bitter enttäuscht, daß die Kriegsinvaliden sich von den Bürgerlichen nicht fördern ließen, schweigen sie heute über den weiteren Gang der Entwicklung. Morgen schon können wir es aber erleben, daß sie die Bege gegen die Invaliden aufnehmen.

Die Vertrauensmänner der Kriegsbeschädigten mit Genossen Saischel, Javornik und den anderen an der Spitze, sollen wie bisher den Kampf gegen das kleinbürgerliche Element bis zu einer endgültigen Entfernung energisch weiterführen.

Sind diese Kleinbürger einmal entfernt, dann wird jeder mit Stolz und Vertrauen zur Organisation erfüllt sein, und alle diejenigen, die ob dieser Kleinbürger der Organisation den Rücken gekehrt haben, werden sich ihr wieder anschließen.

Jeder Erfolg gegen das Kleinbürgertum ist also ein Erfolg im Interesse der Gesamtorganisation.

Die Wahlen in Voitsberg und Tregitz.

In Voitsberg und Tregitz hat die kommunistische Partei (Opposition) Kandidaten zur Gemeindevahl gestellt. Beide Gemeinden hatten eine sozialdemokratische Mehrheit. Trotz dieser sozialdemokratischen Mehrheit ist vieles geschehen, das nicht im Interesse des Proletariats gelegen war. Im Einzelnen haben wir darüber schon oftmals berichtet. Die Mehrheit allein war also kein Heilpflaster und die bloße mathematische Mehrheit allein wird auch niemals ein Alibi-Mittel sein, wenn dahinter nicht Massen, Kampfsgeist und Entschlossenheit in Bereitschaft stehen.

Nun werden Kommunisten in den Gemeinderat einziehen. Wie ist es in diesem Fall um die mathematische Mehrheit bestellt? Der Gemeinderat wird in groben Umriß zwei Lager aufweisen. Ein bürgerliches und ein proletarisches. Auf der Seite der Bürgerlichen stehen die Christlichsozialen, Großdeutschen und Landbündler und auf der proletarischen Seite stehen die Kommunisten als Vertreter des proletarischen Interessensstandpunktes und die Sozialdemo-

berg, Burgstall, Raaba, Reiteregg, Rätelstein, Rohrbach, Rothleiten, St. Bartholomä, St. Marein am Fickelbach, St. Oswald bei Planzenwarth, St. Radegund, St. Veit ob Graz, Schandendorfberg, Schrems, Seiersberg, Semriach, Stattegg, Stiwoll, Thal, Lufwitz, Turnau, Windhof, Wöbbling, Wundschuh, Zwaring, Thondorf.

Ländliche Gemeinden im politischen Bezirke Voitsberg:

Aichegg, Flutendorf, Gaisfeld, Gallmanns-egg, Gassegg, Geißthal, Gößnitz, Grabenwarth, Graben, Piber, Groß-Söding, Groß-Wöllmits, Gallersdorf, Hausdorf, Hirschegg b. Piber, Hirschegg b. Klein, Kalchberg, Kemetberg, Kirchberg, Klein-Söding, Klein-Wöllmits, Köppling, Kobl-schwarz, Kreuzberg, Krottendorf, Lobming, Lob-mingberg, Madriach, Mosing, Mooskirchen, Mugauberg, Neudorf bei Mooskirchen, Neudorf bei St. Johann, Oberwald, Oswaldgraben, Paal, Piberegg, Pichling bei Mooskirchen, Raßberg, Salla, St. Johann ob Hohenburg, St. Martin am Wöllmitsberg, Södingberg, Stallhofen, Stein-berg, Stögersdorf, Thallein, Unterwald, Uggil.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

IV.

1. Sehr häufig kommt es vor, daß Arbeitslosen die Unterstützung mit der Begründung, daß sie in einer rein ländlichen Gemeinde wohnen, entzogen wird.

Dieses Vorgehen beruht auf einer gesetzlichen Bestimmung, die besagt, daß in ländlichen Gemeinden wohnhafte Arbeitslosen die Unterstützung nur durch 30 Wochen zu genießen ist, ausgenommen, der Betreffende kann den Nachweis erbringen, qualifizierte Arbeit geleistet zu haben. In der Praxis führt diese gesetzliche Bestimmung dazu, daß z. B. in der ländlichen Gemeinde Fölling bei Graz dem Arbeiter, der als qualifizierter Hilfsarbeiter tätig war, die Unterstützung über die ersten 30 Wochen hinaus gegeben wird, während dem Hilfsarbeiter, der jedoch keine qualifizierte Arbeitsleistung nachweisen kann, die Unterstützung nach den ersten 30 Wochen eingestellt wird, obwohl er Vater von drei Kindern ist. Den Arbeitslosen erscheint das widersinnig, für die Regierung erfüllt

kraten, die schon im Kleinbürgerlichen Fahrwasser der Führung nachschwimmen, wenn auch die Anhänger meist Proletarier sind.

Es ist klar, daß trotz der zwei Parteien im proletarischen Lager eine **Fremd** gegen die Bürgerlichen möglich ist, wenn die Sozialdemokraten im Gemeinderat den proletarischen Interessenstandpunkt einnehmen. Die Kommunisten werden immer auf der Seite des Besitzlosen in allen Fragen stehen.

Immer und nur für die Arbeiter und kleinen Bauern, das ist die Lösung der Kommunisten.

Gegen die Sozialdemokraten von diesem Standpunkt ab, dann allerdings werden die Kommunisten den Sozialdemokraten und den Bürgerlichen gegenüberstehen.

In der Bezeichnung der Bürgermeisterstelle werden die Kommunisten gegen die Bürgerlichen für einen Sozialdemokraten eintreten, den aller Voraussicht nach wird in beiden Gemeinden das proletarische Lager, Kommunisten und Sozialdemokraten, gegenüber dem Bürgertum in der Mehrheit sein.

Der sozialdemokratische Bürgermeister als Person ist aber durchaus keine Garantie, daß er im Interesse des Proletariats handelt. Als Parteigänger gehört er doch einer Partei an, von der jeder Arbeiter weiß, daß Kleinbürger an der Spitze sind, und zweitens sehen sich Volksvertreter in der Regel nur in dem Maße für ihre Wähler ein, als sie der Druck von unten dazu zwingt. Das lehrt zugleich, daß nicht die Volksvertreter die Gestalter der Lebenslage der Massen sind, indem ihre Anträge dafür sorgen, sondern die Massen selbst formen durch die jeweilige Entschlossenheit ihres Kampfes, ihre Lebenslage um. In diesem Sinne werden die Kommunisten nicht nur diskutieren, Anträge stellen und die Bürgerlichen in ihren Ausführungen bekämpfen, sondern die Massen als die besten Kämpfer selbst in Wort kommen lassen und nicht abbremsen.

Herr Steiner zeichnet sich aus.

Wie sich der S. w. Sekretär Steiner von Voitsberg um die Ausbreitung revolutionärer Arbeiter aus der Wählerliste bemüht, wurde schon einmal besprochen. Hauptsächlich hatte er es auf den Spitzenkandidaten der kommunistischen Partei abgesehen. Gegen denselben machte er gleich zwei Einsprüche. Alles wohl aus Liebe zu den Bürgerlichen, um ihnen die Kommunisten im Gemeinderat vom Hals zu halten. Die Einsprüche haben aber nichts genützt, die Wahlberufungskommission konnte, da keine gesetzlichen Grundlagen vorhanden waren, Genossen Rohrer vom Wahlrecht und von der Wählbarkeit nicht ausschließen. Er bleibt somit der Spitzenkandidat und die Bürgerlichen, aber auch die Sozialdemokraten werden sich den Einzug von Kommunisten schon gefallen lassen müssen. Warum kämpft Steiner gegen die Bürgerlichen nicht mit solchen Mitteln, um den einen oder anderen christlichsozialen oder großdeutschen Lumpen eine Kandidatur unmöglich zu machen. Weil er ein Kleinbürger geworden ist wie viele andere, eher mit einem Bürgerlichen, als mit einem radikalen Arbeiter sich zusammensetzt. Gegenüber den Bürgerlichen hat diese Sorte von Kleinbürgern Glacéhandschuhe an. Gegen links aber wird mit Dreck und wenns geht, mit Terror vorgegangen. Das ist keine Arbeiterpolitik, nach rechts sich vorbeugen und nach links aushauen. Als Steiner von den Waffenlieferungen der Heimwehr berichtet wurde, lächelte er, anstatt die Arbeiter gegen das Faschistengetindel zu mobilisieren. Die Kommunisten sind für ein gemeinsames, energisches Vorgehen gegen die Unternehmerrgarde. Das Verhalten des Chefarztes der Gebietskrankenkasse wurde von Steiner auch noch nicht unter die Lupe genommen, während wir den Herrn gebührend an den Pranger stellen und sein arbeiterfeindliches Verhalten noch besser annageln werden. In der Öffentlichkeit predigt Steiner, läuft im Korium und seine Frau — trägt die Bündel aus den bürgerlichen Warenhäusern.

Geht in kein bürgerliches Gasthaus, lehrer er und sitzt dann aber zuhause nicht mit Arbeitern, sondern mit bürgerlichen Ortsgrößen in diesen Lokalen beisammen. Viel Sozialismus hängt an Sekretär Steiner — der nur auf eine bessere Existenz studiert — nicht. Die sozialdemokratische Partei hat gewiß Arbeiterfunktionäre gehabt, die alles für die Bewegung geopfert und niemals an ihre Existenz gedacht haben, Kämpfer im wahrsten Sinne des Wortes; aber lang, lang ist's her. Heute sind die Amtertreiter oben auf. Die Arbeiter erkennen das schon und diese werden dafür Sorge tragen, daß die Kommunisten in den Gemeinden hineinkommen. Der Boden muß gelegt werden für eine Klassenpolitik im Interesse der Arbeiter, für den Aufstieg des Proletariats bis zum Sieg über die Bürgerlichen und über die bürgerliche Gesellschaftsordnung. Die Gleichheit aller, die jetzt nur alle 4 Jahre bei der Stimmzetteltabgabe existiert, muß bis zur gleichen Verteilung des Brotes noch erkämpft werden, der Besitz, der Reicht, der Bourgeois muß verschwinden. Um dorthin zu gelangen nehmt nicht nur den kommunistischen Stimmzettel zur Hand, sondern schließt euch auch den Kämpfern an.

Arbeiter-Korrespondent, Voitsberg.

Proletarier, Männer, Frauen und Jugendliche!

Folgt am 1. Mai dem Aufruf der kommunistischen Partei (Opposition) zu einer Massenversammlung. Ort und Zeit in der nächsten Nummer ersichtlich.

Wohin flüchtet Stalin?

Von Kurt Landau.

VI.

Wurzeln und Formen der Entartung der russischen Revolution.

Die Nep hatte die Basis für das Wiedererleben des Kapitalismus (wenn auch unter neuen Formen) geschaffen. Der Kampf für den schließlichen Sieg über den Nep-Kapitalismus stellt die Komm. Partei vor die entscheidenden Aufgaben: Wie das Wachstum der sozialistischen Elemente beschleunigen, das Bündnis mit der Landarmut vertiefen, den Staatsapparat zu einem „wirklich sozialistischen und sowjetischen“ auszubauen?

Das Wachstum der sozialistischen Elemente fördern, das hieß in erster Linie die Industrie so zu stärken, daß ihre Produktion den Anforderungen des Marktes entspricht; das hieß auch, die Qualität der Erzeugung zu heben. Das Bündnis mit der Landarmut befestigen, den Mittelbauern an sich zu fetten, das hieß vor allem wohlfeile Industrieprodukte ins Dorf bringen, Kredite gewähren, rationell arbeitende landwirtschaftliche Verkaufsgenossenschaften zu schaffen.

Aber alle diese Aufgaben münden in der Frage des Staatsapparates und letzten Endes in die Partei, die am Steuer des Staatschiffes steht. Denn zum Ausbau der Industrie, zur Bewältigung der angefallenen Aufgaben war die Beschaffung großer Mittel notwendig, die im Lande selbst angesichts der Unmöglichkeit, große, langfristige Kredite im Auslande zu erhalten, aufgebracht werden mußten, konnte aber ein Staatsapparat, in dem sich das bürokratisch-kleinbürgerliche Element festgesetzt hatte, eine solche Politik der planmäßigen Besteuerung der Besitzenden, der Kreditpolitik zugunsten der armen Bauernschaft durchzuführen? Konnte ein solcher Staatsapparat, der durch seine Bürokratisierung die Hauptschuld an der Existenz parasitärer Elemente trug die in Industrie- und Verkaufsorganisation zu einer ungeheuerlichen Verteuerung der Waren führten, diese Elemente ausmerzen? Müßte nicht ein solcher Staatsapparat, wenn er nicht durch tiefgehende Reformen geändert würde, dem tausendfältigen Druck besitzender Klassen nachgeben?

So stellen die besonderen Probleme der Nep die russische Komm. Partei vor die Aufgabe, die Auswüchse im Staatsapparat aufs schärfste zu bekämpfen. Nur ein „wirklich sozialistischer und sowjetischer Staatsapparat“, wie Lenin ihn forderte, konnte die Klasseninteressen des Proletariats und der Landarmut wirksam vertreten.

Den Bürokratismus bekämpfen, das hieß in erster Linie sein bedrohliches Anwachsen im Sowjet selbst zu bekämpfen. Nur wenn die Demokratie der Arbeiter und Landarmut im Sowjet wirklich ausgebaut würde, wenn nicht das Büro des Sowjets den Sowjet selbst ersetzte, nur wenn jedes Eindringen besitzender Elemente jede Verwässerung des revolutionären Charakters des Sowjets wirksam vermeiden würde, nur dann, wenn die schöpferische Initiative und Initiative der Gesamtarbeiterklasse sich im Sowjet frei entfalten konnte, nur dann hätte ein Kampf gegen den Bürokratismus Aussicht auf Erfolg. Aber der Bürokratismus drohte nicht nur die Arbeiterdemokratie im Sowjet zu erdroffeln. Er verflocht sich in den Gewerkschaften, er begann im Betrieb zu diktiert. Bürokratismus aber, das heißt nicht nur Aufgeblasenheit, beamtenmäßige Selbstzufriedenheit — Bürokratismus, das bedeutet klassenmäßig Kleinbürgertum.

Wer aber konnte den Kampf gegen den Bürokratismus organisieren? Wer anders als die Partei der Revolution? Und hier beginnt das eigentliche Kernproblem! Vor die Frage gestellt, an der Spitze des Proletariats und der Dorfarmut den schärfsten Klassenkampf gegen die besitzenden Klassen zu führen, das kleinbürgerlich-bürokratische Element in Gewerkschaft, Betrieb und Staatsapparat zu bekämpfen, zeigte es sich, daß der Druck der besitzenden Klassen auf die Partei der Revolution dazu geführt hatte, daß in der Partei selbst sich ein kleinbürgerlich-nichtrevolutionärer Flügel entwickelt hatte. Eine solche Entwicklung ist nichts absonderliches. Aus einer kleinen, illegalen Partei wurde die K. P. R. zur herrschenden, einzigen Partei im Staate.

Viele tausende, ehemals menschewistische, sozialrevolutionäre, kleinbürgerliche Elemente sind in die Partei gedröhnt und haben das neue Abzeichen angeheftet, ohne sich ideologisch geändert zu haben. Zehntausende, erst nach dem Sieg im Bürgerkrieg eingetreten, wenig gefestigte Elemente, unterliegen im Wirtschaftsaapparat, im alltäglichen Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Spezialisten und Nep-Bourgeois dem bürgerlichen Einfluß.

Passivität, passiver Reflex, ja offene Sabotage war die Antwort dieses Flügels auf jeden Versuch, die Partei an die Spitze des Klassenkampfes des Proletariats und der Dorfarmut zu stellen. Den Versuch der revolutionären proletarischen Elemente, die Partei zum Kampf aufzurütteln, beantwortete dieser Flügel 1923 bereits mit der Spaltungsdrohung.

Gerade durch die Lösung der Eigenartigkeit hindert der Bürokratismus die Hebung des allgemeinen Niveaus der Partei. Und darin besteht seine Hauptschuld, schrieb Gen. Trozki in seinem berühmten Brief „Der neue Kurs“ (8. Dezember 1923.) Und etwas später: Die Sorge um die Einheit der Partei ist die wesentlichste und brennendste Sorge der überwiegenden Mehrheit der Genossen. Hier muß aber direkt gesagt werden: wenn augenblicklich eine ernste Gefahr für die Einheit besteht oder wenigstens für die Einmütigkeit der Partei, so ist das der rasende Bürokratismus. Gerade von dieser Seite wagte man zu sagen: Wir fürchten die Spaltung nicht. Gerade die Vertreter dieses Lagers wählen in der Vergangenheit und suchen alles hervor, was möglichst große Festigkeit in die Parteidiskussion hineinbringen kann, indem sie künstlich die Erinnerung an den alten Kampf und die alten Spaltungen beleben, um unmerklich und nach und nach den Gehirnen der Partei an die Möglichkeit eines solch wahnwitzigen, selbstmörderischen Vorgehens zu gewöhnen, wie eine neue Spaltung.

Der Sieg 1923/24 über die sogenannte Mos-
kauer Opposition (Trotski) war der erste Schritt zum
Sieg des kleinbürgerlich konservativen Flügels der
D. R. P. (Stalin) über den proletarisch-revolutionären.
Der Sieg von 1923/24 hat dazu geführt, daß dieser
Flügel, nachdem er sich 1925 der schwankeuden
Beringradter Opposition (Sinowjew, Kamenev) ent-
ledigt hatte, seine Politik voll entfalten konnte.

(Schluß folgt.)

Zum Schutze der bürgerlichen Demokratie.

Die Weimagermotorräder von je 18 PS, jedes
vierstellig, sind in den Dienst gestellt worden. Dieser
Einsführung folgt ein Polizei-Omnibus, der 23 Mann
faßt. Die Polizeidirektion erklärt diese Maßnahme
verlogen für eine Notwendigkeit des Verkehrsdiens-
tes. Dazu braucht die Polizei nicht vier vierstellige Motor-
räder, die 16 Mann zugleich befördern können. Eben-
sowenig ist das Polizei-Omnibus für den Verkehrs-
dienst notwendig. Die Ausrichtung ist lediglich gegen
die Arbeiter gerichtet, die in der bürgerlich-demokra-
tischen Republik ebenso den Machtapparat der Be-
herrschenden erkennen.

Out funktioniert.

Aus dem Moabitler Gefängnis in Berlin wurde
der wegen Hochverrat in Untersuchung gefandene
Schriftsteller Braun, Mitglied der kommunistischen
Partei, entführt. Als er sich bei dem Besuch seiner
Freundin im Speisezimmer des Gefängnisses nur
unter Bewachung von 2 Justizbeamten aufhielt,
drangen plötzlich 6 Männer in das Zimmer ein,
welche die Justizbeamten überwältigten, während
dessen Braun und seine Freundin aus dem Gefäng-
nis in ein bereitgestelltes Auto flüchten und mit den
Männern, die den Überfall durchführten, entflohen.

Verchiedenes

Bestrafungen des Faschismus. Italien hat
ein neues Strafgesetz bekommen. Sein Geist sei in
folgendem charakterisiert: Wer eine Regierungshand-
lung tadeln, 2 bis 5 Jahre Gefängnis; wer auf
Mussolinis Ehre einen Anschlag begeht, Gefängnis
bis zu 12 Jahren; wer politische Vereinigungen ins
Leben ruft, bekommt mindestens 12 Jahre. Die
Todesstrafe ist wieder eingeführt. Sogar die bloße
Anpreisung von Abtreibungsmitteln wird bestraft.
Die Frauen des Proletariats, versteht sich, haben
Gebärmaschinen zu bleiben.

1400 Kommunisten wurden in Japan ver-
haftet, die kaiserliche Regierung hat ein Komplott
als Begründung entdecken lassen.

Eine halbe Million Mitglieder zählen die
Freien Gewerkschaften im Jahre 1927 mehr als 1926.
Die Arbeiter erkennen, ohne Gewerkschaften keine
Kampfmöglichkeit. Sie müssen aber auch noch lernen,
Klassenbewußte Führer zu stellen.

Die Regierung brüdet sich. In der Frage
der Krüppelversorgung hat der Bundesminister für
soziale Fürsorge Reich erklärt, die Länder sollen sich
um die Krüppel kümmern und die Länder wieder
sagen, die Gemeinden sollen sich kümmern und diese
werden sagen: Die Krüppel haben ja die Straße,
laßt sie betteln.

Eine Sträflingsrevolte war in einem War-
schauer Gefängnis — Polen, das sagt ja schon alles —
ausgebrochen. Welchen Mißhandlungen besonders die
politischen Sträflinge dort ausgesetzt sind, darüber
schweigt die Presse, sie berichtet nur von einer Unter-
drückung der Revolte durch die Feuerwehr.

Sozialdemokratisches Interesse. Im Rärn-
ner Landtag sind sozialdemokratische Abgeordnete gegen
die Verminderung von Gendarmenposten aufgetreten.
Dieses Verhalten ist ganz und gar antiproletarisch.
Das Proletariat hat kein Interesse an der Erhaltung
des bürgerlichen Herrschaftsapparates.

Rirchen-Antrittserklärungen

sind in der Verwaltung des „Mahrnus“, Elisabethen-
gasse 20, zu haben. Auch Zuladungen in die Provinz.

Die Seidenindustrie erfreut sich einer be-
sonders guten Konjunktur. Wenn das Arbeitsvolk
in Fehden geht und hungert, war für die Reichen
seit jeher viel Geld für die Luxusbedürfnisse vor-
handen, denn das ist der Geldlauf: Je mehr dem
Proletariat gestohlen wird, desto mehr haben die Diebe.

Opfer des Weltkrieges. Die Monatschrift
„Fidac“ berichtet: „Im Weltkrieg sind 9.263.000
Menschen gefallen und 16.933.000 vermundet und
zu Krüppeln gemacht worden.“ Und der kommende
Krieg? Entweder schlägt das Proletariat in jedem
Land die Kriegshäher nieder, oder die Opfer werden
noch größer sein.

Solidarität. Die Floridsborfer Arbeiterhaft
beschloß für die Jutearbeiter, die in einer Zahl von
3000 seit drei Wochen in Streit stehen, wöchentlich
einen halben Stundenlohn und außerdem Milch für
die Kinder und Brot für die Streikenden zur Ver-

Parteigenossen!

Sammellisten für den „Mahrnus“ sofort abfahren!

fügung zu stellen. Wo ein solcher Geist herrscht,
müssen die Unternehmer weichen.

Polizeilich aufgelöst wurde ein in Polen
tagender Freiberkertkongreß. 53 Teilnehmer wurden
verhaftet, doch die Gedrindämmerung wird trotzdem
ihren Lauf, nehmen trotz und gegen die Polizei.

Sepel fühlt sich unpäßig und fährt für mehr-
wöchentlichen Kuraufenthalt nach Karlsbad. Wohin
fahren die kranken Arbeiterfrauen, die ausgeschundenen
Proleten, die dahinsiehenden Arbeitslosen?

Die Arbeitslosenregister stand mit Ende März
nach amtlichen Angaben auf 193.051 unterstützte
Arbeitslose, davon auf Graz 26.183 entfallen.

Um Arbeit zu bekommen haben 29 Arbeit-
erinnen, die noch nicht 18 Jahre alt waren und des-
halb nach dem Jugendarbeiterschutz in der Wimpaf-
finger Fabrik nicht eingestellt werden durften, sich
über 18 ausgegeben. Die Angelegenheit kam vor
Gericht, die Arbeiterinnen wurden aber freigesprochen.
Für alle, die von der Arbeitslosigkeit der Arbeitslosen
noch sprechen, ist der Fall eine Maulschelle.

Auch ein christlicher Staubpunkt. Das
„Volkswort“ vom 7. April regt sich über die Regere-
tanerin Baker auf und gibt als ein Beispiel des
richtigen Verhaltens gegen Neger, die amerikanische
Synchjustiz an: „Arm und reich macht dort sogar
gemeinsame Sache, wenn es gilt, einen Schwarzen
zu lynchen“, schreibt das Blatt wörtlich.

Der Linger Bischof hat an den Klerus von
Oberösterreich den schriftlichen Befehl erteilt, die
Sammlungen der Stadt Litz und des Landes für
arme Kinder nicht zu unterstützen und an jugesandte
Plakate, die zur Sammlung für die Kinder aufrufen,
nicht anzubringen. Der Herr Bischof ist nämlich er-
zürnt über einen Linger Ball, bei dem seiner Meinung
nach zuviel von den weiblichen Reigen zu sehen war.
Als Antwort auf dieses christliche Verhalten des
oberösterreichischen Seipstkesches hat unter dem Pro-
letariat eine große Kirchenaustrittsbewegung eingeseht.

Das Schindlkat und der Fürstbischof.
Bei der diesjährigen Hauptversammlung der Bauern-
vereinskassa hat der Oberhirte Paulskowsky getreu
der Lösung „Miß erbarmt das Volk“ Nachschau ge-
halten, ob die Buzherzinsen gute Früchte tragen.
Das war der Fall, denn das „Volkswort“ konnte be-
richten, daß der Reingewinn 68.883 Schilling betrug.

Wahlkämpfe in Amerika. Anlässlich der
städtischen Wahlen in Chicago wurde der Wahlleiter
in seinem Hause überfallen, gefesselt und entführt.
Diese Tat ist das Wert einer Partei, die mit dem
Wahlleiter nicht einverstanden war.

800 Opfer des Proflits. Im mandschurischen
Bergbau Fußhan sind unter Tag durch einen Damm-
bruch 800 Bergleute ertrunken.

Der rote Späher.

Erzählung aus Sibirien von Nestukshay.
(Fortsetzung.)

Wenn Sie aber sich Fürst, Graf oder Kaiser
nennen, muß Ihr Zustand vom Standpunkt der
Wissenschaft aus als sehr bedrohlich angesehen wer-
den und Ihre Heilung wird lange Zeit in Anspruch
nehmen.“

„Und wenn sich mein Zustand ‚bessert‘? Wie
lang muß ich dann hier bleiben?“

„Eine sehr vernünftige Frage. Sehen Sie, was
ich für beruhigende Wirkung auf die gefährlichsten
Kranken ausübt? Das ist übrigens meine Spezialität!“

„Eine schöne Spezialität!“

„Ja, jeder nach seinem Geschmad . . .
ich fahre fort: Wenn sich Ihr Zustand bessert, ton-
nen wir Sie nach 6 Monaten etwa Ihrem Vater
probeweise übergeben, ja vielleicht sogar etwas früher.“

„Aber das ist eine unerhörte Unverschämtheit,
eine beispiellose Gemeinheit!“

„Brüllen Sie nicht! Einen Lobwürdigen müssen
wir natürlich länger hier behalten . . . Nun, auf

Wiedersehen! Vorläufig lasse ich Sie in eine Ab-
teilung für ruhige Kranke bringen.“

Dann beugte sich der Arzt zum Kranken und
sagte sehr leise und eindringlich:

„Was ist besser? Mit zerschmettertem Schädel
im Chausseegraben liegen oder eine Zeit im Irren-
hause verbringen? Ich verspreche Ihnen, daß Sie
an selben Tage, an welchem die Noter hier ein-
marschieren, frei sind, und ich als erster werde da-
für sorgen, daß man Ihre Loyalität der Sowjet-
macht gegenüber anerkenne. Übrigens, ich vergaß, wie
war doch Ihr Name?“

„Gutschjus Benewolenski“ zischte der Kranke
durch die Zähne.

„Aber nein, nicht diesen meine ich. Den anderen,
den Sie sich in Ihren Anfällen geben . . . Fürst . . .
Graf . . .?“

„Fürst Bagration-Muchranski!“

„Na, sehen Sie, was das für ein Widsinn ist!
Ich weiß zum Beispiel absolut sicher, daß der Fürst
Bagration Muchranski, heute um 10 Uhr morgens
auf Befehl seines Onkels, des Stabkommandanten,
General Popello-Dawydow, mit dem Flugzeug zu den
. . . geflogen und wahrscheinlich schon dort ist. Und

Sie wollen in Ihren Anfällen behaupten, daß Sie
dieser Fürst sind. Zertrümmern Sie mir nicht das
Mobiliar!“

XXIX.

Der Fürst und der Pilot.

Ich aber saß im Flugzeug, wie in einem Schlitten
und fühlte mich sicher wie in Abrahams Schoß. Ich
erinnere mich noch, wie elegant wir flogen. Und war-
um sollte ich mich denn aufregen? Dem Neffen des
Generals wird man sicherlich keine schlechte Maschine
zur Verfügung gestellt haben, und auch der Pilot
wird gut ausgewählt sein. Gewiß hat man das beste
gegeben, was man hatte und auch die ganze Route
ist sicherlich genauestens vorgeschrieben worden. —
Du brauchst nur zu fliegen und dir ein Liedchen
zu pfeifen.

Ich sah auf die Uhr. Genosse Jestreromowitsch
hatte mir beim Abschied die seine geschenkt. Es war
eine Armbanduhr. Die dritte Stunde unterwegs. Wir
werden wahrscheinlich bald landen. So geschah es
auch. Wir flogen noch einige Zeit, dann fühlte ich,
daß wir zu sinken beginnen . . .

(Fortf. folgt.)